

Untersuchungsausschuss 7/4

„Untersuchung der Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über die Rundfunkanstalt Berlin-Brandenburg durch die brandenburgische Landesregierung und Feststellung etwaiger Missstände betreffend die wirtschaftliche und rechtlich einwandfreie Verwendung finanzieller Mittel durch die Rundfunkanstalt Berlin-Brandenburg“

11. September 2023

Einladung

Mitglieder des Untersuchungsausschusses 7/4

Staatskanzlei

nachrichtlich: Präsidentin des Landtages
Geschäftsstellen der Fraktionen
Ministerin und Chefin der Staatskanzlei
Präsident des Landesrechnungshofes
Kabinettsreferate aller Ministerien

**8. (teilweise öffentliche) Sitzung
des Untersuchungsausschusses 7/4
Freitag, den 15. September 2023
10.00 Uhr
Raum 1.070**

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tagesordnung (Entwurf)

- 1. Verfahrensbeschlüsse (nichtöffentlich)**
- 2. Einbringung von Beweisanträgen (nichtöffentlich)**
- 3. Beweisaufnahme (öffentlich)**
 - 3.1. Vernehmung des Herrn Hans-Jürgen Klees, ehemaliger Direktor des Landesrechnungshofes Brandenburg (ca. 11.00 Uhr)**
 - 3.2. Vernehmung des Herrn Christoph Singelstein, ehemaliger Chefredakteur des rbb (ca. 14.00 Uhr)**
 - 3.3. Vernehmung des Herrn Staatssekretärs Dr. Benjamin Grimm (ca. 17.00 Uhr)**

4. Verschiedenes

u. a. Veröffentlichung von Informationen aus der Sitzung

gez. Petra Budke
Vorsitzende

Die interessierte Öffentlichkeit sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich bis zum Vortag beim Sekretariat unter der E-Mail: ua7-4@landtag.brandenburg.de oder der Telefon-Nr.: 0331 966-1120 anzumelden.

Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass Parkplätze im und am Landtagsgebäude nicht zur Verfügung stehen.